



### **sachkundige Einwohner**

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	nicht entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt

### **Gäste:**

Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Banoho	Soziale Stadt Potsdam
Frau Sara Greger	Diakonisches Werk Potsdam
Frau Carol Wiener	Internationaler Bund
Frau Frederike Hoffmann	Internationaler Bund
Herr Fabian Dübner	Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung
Herr Frank Thomann	Jobcenter Potsdam
Frau Ilona Stechow	Kultur Potsdam
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.03.2015 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium
- 4 Vorstellung der Arbeit in den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge durch  
die jeweiligen Träger
- 4.1 Vorstellung der Arbeit des Vereins Soziales Stadt Potsdam
- 4.2 Vorstellung der Arbeit des Diakonischen Werkes Potsdam
- 4.3 Vorstellung der Arbeit des Internationalen Bundes Potsdam
- 4.4 Vorstellung der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt Potsdam

- 5 Vorstellung des zukünftigen Umgangs mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit und Integration in Ausbildung/Beruf/Arbeit für Asylbewerber
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenter Potsdam  
Vorlage: 15/SVV/0203  
Fraktion DIE LINKE
- 6.2 Förderung - Kultur Potsdam  
Vorlage: 15/SVV/0226  
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
- 7 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Birgit Morgenroth.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.03.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Morgenroth stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

#### **Abstimmung zur Niederschrift vom 17.03.2015**

Frau Schulze weist darauf hin, dass die zugesagten Anlagen nicht mit der Niederschrift ausgereicht wurden.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass diese zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten im Ratsinformationssystem zu finden sind.

Des Weiteren erinnert Frau Schulze daran, dass die Verteilung der Integrationsmittel in der heutigen Sitzung nochmal thematisiert werden sollte. Dies ist nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass es dazu eine Information der Verwaltung geben wird. Es muss ein Verfahren entwickelt werden, wie die Mittel ausgereicht werden. Dazu wird es eine Verwaltungsvereinbarung geben.

Sie bittet darum, dass konkrete Fragestellungen dazu an die Verwaltung gerichtet werden, um diese dann auch beantworten zu können.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Frau Morgenroth die Niederschrift zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2

Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 4

### **Abstimmung zur Tagesordnung:**

Frau Morgenroth teilt mit, dass zum Antrag 15/SVV/0226 „Förderung Kultur Potsdam“ (TOP 6.2) ein Antrag auf Rederecht für Frau Stechow vorliegt. Sie bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

Anschließend stellt Frau Morgenroth die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

## **zu 2 Informationen der Verwaltung**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass bis zur 17. Kalenderwoche 2015 in der Landeshauptstadt Potsdam 211 **Flüchtlinge aufgenommen** werden mussten. Bisher wurden in diesem Jahr bereits 289 Flüchtlinge aufgenommen. Damit ist Potsdam dem Aufnahmesoll etwas voraus.

Des Weiteren teilt sie mit, dass der Standort auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache Mitte Mai 2015 aufgegeben wird. Die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft ziehen dann in die neue Einrichtung in der Pirschheide um.

Frau Müller-Preinesberger erinnert daran, dass am 27.04.2015 um 18:30 Uhr in der Sporthalle der Grundschule „Karl-Foerster-Grundschule“ und am 28.04.2015 um 18:00 Uhr in der Mensa der Sportschule „Friedrich Ludwig Jahn“ jeweils die zweite Informationsveranstaltung für die Anwohner stattfindet.

Auf der Veranstaltung wird auch der Träger der beiden Einrichtungen, der Internationale Bund vorgestellt.

Frau Schulze bittet um Aufnahme in das Protokoll, dass die Einrichtung in der David Gilly-Straße eine Kapazität von 50 Plätzen + 10 Notplätzen hat. Dies wird von Frau Müller-Preinesberger so bestätigt. Ziel ist der Landeshauptstadt Potsdam ist es, die Unterbringung in Turnhallen zu vermeiden.

Auf Nachfrage von Herrn Buchheim bestätigt Frau Müller-Preinesberger, dass die Container auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache nach dem Auszug der Flüchtlinge abgebaut werden. Der Standort wird wie ursprünglich geplant aufgegeben.

Bezug nehmend auf die Ausreichung der Mittel für die **Integration von Flüchtlingen im Quartier**, fragt Frau Schulze, wie viele Leistungsvereinbarungen dazu bisher abgeschlossen wurden.

Herr Jekel erklärt, dass es bisher Abschlagszahlungen gegeben hat. Die Zahlungen erfolgen an die Vernetzungsstellen in den Stadtteilen. Mit der Allianz

am Schlaatz besteht eine Leistungsvereinbarung.

Frau Schulze fragt, was mit den nicht verbrauchten Mitteln geschieht.

Herr Jekel betont, dass davon ausgegangen wird, dass diese Mittel ausgereicht werden.

Frau Schulze fragt, ob auch Ehrenamtler, die Flüchtlinge in Wohnungen betreuen, eine Möglichkeit haben, diese Mittel zu beantragen.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass diese Mittel für Veranstaltungen oder Projekte sind, die der Integration der Flüchtlinge in das Quartier dienen. Die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit aus diesen Mitteln ist nicht vorgesehen.

Frau Morgenroth regt an, dies im Herbst erneut aufzurufen, da bis dahin bereits Erfahrungen gesammelt werden konnten.

Anschließend informiert Frau Müller-Preinesberger, dass die Verwaltung derzeit prüft, die **Psychiatriekoordination** sowie die Erarbeitung des Psychriatriekonzeptes mit externer Begleitung durchzuführen. Hierbei wird auch die Möglichkeit des Einsatzes von Projektmitteln geprüft. Dies ist erforderlich, da es Frau Linke aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, diese Aufgabe zu übernehmen.

Frau Eifler begrüßt die Lösungssuche und fragt nach einer Zeitschiene.

Frau Morgenroth schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Sitzungen erneut aufzurufen.

### **zu 3      Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium**

Herr Garfert berichtet über die Sitzung des **Migrantenbeirates** vom 26.03.2015. Der Migrantenbeirat hat sich in dieser Sitzung mit den Sanktionen des Jobcenters Potsdam gegenüber Flüchtlingen befasst. Zu diesem Thema hat auch Herr Bindheim an der Sitzung teilgenommen.

Der Migrantenbeirat hat sich mit Herrn Christoph Richter zur Hilfe für Flüchtlinge mit Behinderung verständigt. Weitere Gespräche dazu wird es auch mit dem Fachbereich Soziales und Gesundheit geben, hier insbesondere zu pflegebedürftigen Flüchtlingen.

Ein weiteres Thema im Migrantenbeirat ist die Vorbereitung der Interkulturellen Woche.

Frau Einbeck bekundet ihr Interesse an einer Zusammenarbeit des Behindertenbeirates mit dem Migrantenbeirat zum Thema Flüchtlinge mit Behinderung.

Frau Grasnick informiert, dass das **Inklusionsgremium** am 14.04.2015 getagt hat. Es wurde der Stand der Umsetzung der 59 priorisierten Maßnahmen besprochen. Im Haushalt des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt sind 20.000 Euro für Inklusionsmaßnahmen eingestellt. Diese Mittel sollen dafür eingesetzt werden, dass potsdam.de auch in leichter Sprache erscheint. Es sollen Fortbildungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur leichten Sprache sowie dem Umgang mit verständlicher Sprache durchgeführt werden. Ein wichtiges Thema ist auch der Bescheid-Erlass in leichter Sprache bei

Beibehaltung der Rechtsverbindlichkeit. Es können auch weitere Vorschläge zur Einsetzung der zur Verfügung stehenden Mittel eingebracht werden. Die nächste Sitzung des Inklusionsgremiums findet am 13.10.2015 statt.

Frau Morgenroth macht deutlich, dass die Kosten für die einzelnen Maßnahmen nicht konkret bekannt sind.

Frau Schulze bittet Frau Grasnick um Information, wenn noch Mittel zur Verfügung stehen.

Frau Einbeck berichtet, dass der **Beirat für Menschen mit Behinderung** die bisher bekannten Themen weiter bearbeitet. Die barrierefreie Kommunikation soll schrittweise umgesetzt werden. Sie regt an, dass Behindertenbeirat und Migrantenbeirat zum Thema Flüchtlinge mit Behinderung zusammenarbeiten.

#### **zu 4      Vorstellung der Arbeit in den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge durch die jeweiligen Träger**

##### **zu 4.1    Vorstellung der Arbeit des Vereins Soziales Stadt Potsdam**

Herr Banoho (Leiter des Wohnungsverbundes Staudenhof) stellt die Arbeit im Wohnungsverbund Staudenhof vor. Der Wohnungsverbund hat 50 Bewohner. Durch den Verein Soziale Stadt wird der „aktive“ Flüchtling gefördert. Mit Unterstützung der Fachhochschule sollen die Bewohner des Wohnungsverbundes mit den anderen Bewohnern im Staudenhof zusammengebracht werden.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass durch den Verein Soziale Stadt neben dem Wohnungsverbund im Staudenhof noch die Wohnung in der Hegelallee mit 13 Plätzen für besonders schutzbedürftige Frauen betreibt.

##### **zu 4.2    Vorstellung der Arbeit des Diakonischen Werkes Potsdam**

Frau Greger teilt mit, dass sie seit Januar 2015 Leiterin der Gemeinschaftsunterkunft am Schlaatz ist. In der Gemeinschaftsunterkunft leben mit einer Kapazität von 180 Plätzen zurzeit 176 Bewohner, darunter 16 Familien mit insgesamt 58 Kindern.

Es gibt 70 Wohnungen, die auf fünf Etagen des Hauses verteilt sind. Jede Wohnung ist mit einem eigenen Bad ausgestattet. Im Kellergeschoss befinden sich die Gemeinschaftsräume.

Die Betreuung der Bewohner erfolgt durch fünf Sozialarbeiter/-innen mit insgesamt 3,5 Stellenanteilen. Des Weiteren gibt es viele ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, die z.B. die Hausaufgabenbetreuung für die Kinder übernehmen.

Frau Greger macht auf die gute Vernetzung der Gemeinschaftsunterkunft mit anderen am Schlaatz tätigen Träger aufmerksam. Es gibt auch eine Vernetzung zwischen den Leitern der Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungsverbünde.

Sie berichtet, dass derzeit in der Einrichtung die Themen Gewalt und Hausreinigung eine große Rolle spielen. Die Hausreinigung erfolgt über gemeinnützige zusätzliche Arbeit.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Kwapis, warum keine professionelle Hausreinigung erfolgt, verweist Frau Greger auf die fehlenden finanziellen Mittel.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass es auch in Wohnhäusern üblich ist, dass die Hausreinigung durch die Bewohner erfolgt. Professionelle Reinigungsdienste sind für die Gemeinschaftsunterkünfte nicht vorgesehen.

Das Problem der Schädlingsbekämpfung war bisher in der Verwaltung nicht bekannt.

Die Frage zur Zahl der Notplätze kann von Frau Greger spontan nicht beantwortet werden.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass für die Personen, die sich lediglich eine Nacht im Monat in der Gemeinschaftsunterkunft aufhalten, lediglich ein Bett zur Verfügung gestellt wird. Dieser Personenkreis hat kein eigenes Zimmer. Es gibt derzeit ca. 25 Notbetten in der Gemeinschaftsunterkunft am Schlaatz.

Frau Schulze fragt, ob es derzeit Probleme im Zusammenhang mit Erstaufnahmegesprächen in der Ausländerbehörde gibt. Sie hat gehört, dass es hier zu Termenschwierigkeiten gekommen sein soll, dass die erforderlichen Dolmetscher nicht schnell genug zur Verfügung stehen.

Dieses Problem ist nicht bekannt.

#### **zu 4.3 Vorstellung der Arbeit des Internationalen Bundes Potsdam**

Frau Hoffmann (Leiterin Gemeinschaftsunterkünfte des IB) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Gemeinschaftsunterkünfte sowie die Arbeit mit Asylsuchenden und Flüchtlingen vor. Durch den Internationalen Bund (IB) werden die Wohnungsverbände Haeckelstraße und Grotrianstraße sowie die Gemeinschaftsunterkünfte in der Dortustraße und auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache betrieben. Sie stellt die Angebote im Rahmen der sozialpädagogischen Betreuung und Beratung vor und verweist hierbei auch auf personelle Situation und die organisatorischen Rahmenbedingungen.

Frau Hoffmann weist darauf hin, dass am 25.04.2015, 14:00 Uhr der Integrationsgarten in der Grotrianstraße eröffnet wird.

Abschließend teilt sie mit, dass der Internationale Bund mit Beschluss des Hauptausschusses vom 15.04.2015 auch Träger der Gemeinschaftsunterkünfte in der David-Gilly-Straße und der Pirschheide ist.

#### **zu 4.4 Vorstellung der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt Potsdam**

Frau Basekow informiert, dass am 19.01.2015 die ersten Bewohner in die Gemeinschaftsunterkunft im Lerchensteig gezogen sind. Die Gemeinschaftsunterkunft hat eine Kapazität von 171 Plätzen + 29 Notplätzen. Die Unterbringung erfolgt in Dreiraum-Wohnungen. Den Bewohnern steht neben dem Wohnraum mehrere Nebengebäude und Gemeinschaftsräume zur Verfügung. Die Betreuung erfolgt mit einem Personalschlüssel von 1:60. Ein sehr wichtiges Thema ist das Erlernen der deutschen Sprache sowie die Begleitung von Kindern in Schulen und Kitas. Mit dem Jobcenter muss eine enge Zusammenarbeit bezüglich der Sanktionen erfolgen, da es oft aufgrund der Sprachprobleme zu Missverständnissen kommt.

Sie berichtet, dass die Einrichtung bestrebt ist, eine eigene Fußballmannschaft aufzustellen. Dazu gibt es bereits Kontakte mit dem Volkspark.

## **zu 5 Vorstellung des zukünftigen Umgangs mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit und Integration in Ausbildung/Beruf/Arbeit für Asylbewerber**

Herr Dübner (Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den zukünftigen Umgang mit gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit und Integration von Asylbewerbern in Ausbildung, Beruf bzw. Arbeit vor. Er geht dabei zunächst auf die aktuellen Rahmenbedingungen ein und erläutert dann die Zielstellung. Anschließend geht er näher auf die Projekte „Jugend stärken im Quartier“ und „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ ein.

Danach erläutert er die einzelnen Handlungsschritte und macht deutlich, dass die dazu zu erarbeitende Richtlinie nach Fertigstellung dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion vorgestellt wird.

Auf Nachfrage von Frau Basekow erklärt er, dass die Richtlinie durch die Arbeitsgruppe Asyl im Fachbereich Soziales und Gesundheit zusammen mit dem Koordinator für Flüchtlingsfragen erarbeitet wird.

In diesem Zusammenhang meldet sich ein Gast – ein Bewohner des Staudenhofes - zu Wort, dem mit einstimmiger Zustimmung das Rederecht erteilt wird. Er betont, dass die Projekte für Arbeit für Flüchtlinge sehr wichtig sind und fragt nach, ob auch Flüchtlinge mit einer akademischen Ausbildung Angebote erhalten. Er weist darauf hin, dass für Flüchtlinge die Erlangung einer Zulassung für die Universität schwierig ist.

Herr Dübner erklärt daraufhin, dass für die Projekte jetzt auch Akademiker berücksichtigt werden können.

Frau Eisenblätter fragt nach einem Beschäftigungsangebot für Flüchtlinge. Daraufhin erklärt Herr Dübner, dass diesbezüglich derzeit der Bedarf geprüft wird.

Frau Grasnack lobt die derzeitige Entwicklung und macht deutlich, dass hier auch der Deutschunterricht ganz wichtig ist.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass alle Flüchtlinge nach Ankunft einen Deutschkurs bekommen. Sie macht dabei deutlich, dass das BAMF hier aber auch unterstützen muss.

Frau Morgenroth schlägt vor, das Thema im August oder September 2015 erneut aufzurufen und über den dann aktuellen Stand zu berichten.

## **zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 6.1 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenter Potsdam**

**Vorlage: 15/SVV/0203**

Fraktion DIE LINKE

Frau Schulze fragt, ob die Trägerversammlung den Haushalt 2015 des Jobcenters beschlossen hat.

Herr Thomann (Geschäftsführer Jobcenter Potsdam) teilt mit, dass der Haushalt beschlossen und in Kraft getreten ist. Das Arbeitsmarktprogramm soll Ende April 2015 fertig gestellt sein. Die Zielgruppenmatrix wurde den Mitarbeitern zur Verfügung gestellt und wird über die Internetseite der Agentur für Arbeit abrufbar sein. Auf der Seite der Landeshauptstadt Potsdam wird sie unter „Wirtschaft und Arbeit“ in ca. zwei Wochen zu sehen sein.

Frau Morgenroth fragt, welche Relevanz das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm für die Stadtverordneten hat.

Daraufhin erklärt Herr Thomann, dass die Informationen sehr interessant sind. Diese sind nach Zielgruppen und besonderen Problematiken sortiert.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Frau Schulze spricht dagegen.

Herr Schubert macht deutlich, dass der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung zurückgezogen werden kann, wenn der Bericht bis dahin über das Internet veröffentlicht ist.

Frau Morgenroth stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister trägt dafür Sorge, dass das durch die Trägerversammlung des Jobcenter Potsdam jährlich beschlossenen Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm beginnend im Jahr 2015 jeweils in dem Monat nach seiner Beschlussfassung durch die Trägerversammlung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam zur Kenntnis gegeben wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

**zu 6.2 Förderung - Kultur Potsdam**

**Vorlage: 15/SVV/0226**

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Zunächst nimmt Frau Stechow ihr Rederecht wahr. Sie macht deutlich, dass es sich um einen ehrenamtlich arbeitenden Verein handelt, der seit zwei Jahren arbeitet. Sie selbst ist seit einem Jahr ehrenamtlich für den Verein tätig. Seit Kurzem ist auch „Kids Kultur“ als besonderes Angebot hinzugekommen. Sie bittet um Unterstützung des Projektes und Finanzierung einer festen Stelle.

Anschließend bringt Frau Eisenblätter den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Jekel (FB Soziales und Gesundheit) stellt fest, dass hier ehrenamtliches Engagement professionalisiert werden soll.

Er weist darauf hin, dass die Förderung von Projekten durch den Fachbereich Soziales und Gesundheit auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgender Angebote erfolgt. Um eine Förderung erhalten zu können, muss bis zum 30.06. des Vorjahres ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und Verwaltung erstellt die Liste mit Förderfähigen Projekten, die dann im GSI-Ausschuss beraten und anschließend beschlossen wird.

Eine institutionelle Förderung ist auf der Grundlage der Richtlinie nicht möglich.

Herr Schubert macht darauf aufmerksam, dass die in der Begründung des Antrages ausgewiesene Haushaltsstelle sehr risikobehaftet ist. So könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass das Projekt unterstützenswert ist. Für die Finanzierung einer festen Stelle besteht im Fachbereich Soziales und Gesundheit keine Möglichkeit. Sie weist darauf hin, dass der Haushalt 2015/2016 bereits beschlossen ist.

Frau Morgenroth fragt, warum ein ehrenamtliches Projekt jetzt in ein professionelles Projekt umgewandelt werden soll. Sie schlägt vor, vor einer Finanzierung eine Evaluation durchzuführen.

Frau Eisenblätter erklärt, dass die Studentinnen, die die Arbeit derzeit ehrenamtlich durchführen, nach Beendigung ihres Studiums nicht mehr zur Verfügung stehen, da sie dann in den Beruf gehen.

Herr Schubert weist darauf hin, dass sich der Haushalt 2015/2016 bereits bei der Kommunalaufsicht im Genehmigungsverfahren befindet. Er empfiehlt, den Antrag zurückzustellen und im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft sowie im Finanzausschuss zu beraten. Mit einem Beschluss des vorliegenden Antrages wird „Kultur“ etwas suggeriert, was nicht gehalten werden kann.

Frau Schulze ergänzt, dass die angestrebte Förderung auch in der Höhe nicht erfolgen kann.

Frau Eisenblätter stellt den Antrag zurück mit der Empfehlung, diesen im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft sowie im Finanzausschuss zu beraten.

## **zu 7      Sonstiges**

**Nächster GSI-Ausschuss: 19. Mai 2015, 18:00 Uhr**

**Birgit Morgenroth  
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**